

Pressemitteilung

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Regionalbüro Neubrandenburg
Tel.: 0395 -5 666 512
E-Mail: info@bund-neubrandenburg.de
Internet: www.bund-neubrandenburg.de
V.i.S.d.P.: Annett Beitz

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Neubrandenburg, 06.12.2023

PRESSEMITTEILUNG

Großer Erfolg nach 12 Jahren Protest! – StALU lehnt geplante Deponie in Ramelow ab

In der Regionalgeschäftsstelle des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) Neubrandenburg herrscht dieser Tage Jubelstimmung: „Das ist eine wirklich großartige Nachricht“, freut sich Annett Beitz, Geschäftsführerin des BUND Neubrandenburg. „Nach 12 Jahren der Prüfung immer neuer Gutachten der Investorin hat das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) Mecklenburgische Seenplatte endlich die Planungen für den Bau der Deponie bei Ramelow abgelehnt.“

Im Jahr 2011 hatte die Investorin ihre Pläne vorgestellt. Und zwar, die nicht mehr für den Kiesabbau geeigneten Flächen bei Ramelow für die Errichtung einer Deponie der Kategorie 1 (schwach belastete Abfälle wie Asbest) umzuwandeln. Dies stieß nicht nur beim BUND als Umweltverband, sondern auch bei Anwohnern auf großen Widerstand.

„Der Betrieb so einer Deponie hätte negative Folgen für die ganze Region“, erklärt Hans-Albrecht Witte, der seit über 30 Jahren landwirtschaftliche Flächen in der unmittelbaren Nähe bewirtschaftet. „Was da auf uns an neuem LKW-Verkehr und damit verbundener Feinstaubbelastung aus den Deponieabfällen auf uns zugekommen wäre, das geht auf keine Kuhhaut.“, so Witte weiter. Dementsprechend schnell gründete sich eine aktive Bürgerinitiative vor Ort gegen den Bau der Deponie. Viele Gründe sprachen gegen den Bau: Zum einen passten die Planungen nicht zu den übergeordneten Zielen des gutachterlichen Landschaftsrahmenplans. Dieser weist das Plangebiet nämlich als Vorranggebiet für Natur- und Landschaftsschutz aus. Ebenfalls ein wichtiger Punkt war, dass der Bedarf an Deponien für Bauschutt in der Region nicht ausreichend nachgewiesen konnte.

„Gerade im Bereich des Artenschutzes hatten wir mehrere Einwände vorgetragen“, erinnert sich Annett Beitz. „In erster Linie verfügt das Gebiet über eine vielfältige Avifauna. Hier kommen Schreiadler, Kranich, Rotmilan sowie viele andere häufig auch bedrohte Arten vor. Dazu sind verschiedene Fledermausarten im Gebiet nachgewiesen worden, obwohl der Kartierungszeitraum sehr kurz angesetzt wurde. Auch Amphibien wären potenziell betroffen gewesen.“, sagt Annett Beitz weiter.

„Außerdem darf man nicht vergessen“, ergänzt Hans-Albrecht Witte, „dass die Planungen sich innerhalb eines Vogelschutzgebietes befanden. Es wäre unter anderem zu einem langjährigen Ausfall von Nahrungsflächen für Greifvögel gekommen.“

„Ein weiterer von uns vorgetragener Einwand war, dass in den 2015 vorgelegten Gutachten, die aus unserer Sicht erhebliche Schadstoffemissionen verschiedener

giftiger Stoffe wie Antimon auf die Vogel- und Pflanzenwelt nicht ausreichend berücksichtigt wurde“, erläutert Alexander Schmidt, Vorsitzender der BUND-Gruppe Neubrandenburg. „Zudem wiesen die Wasserkörper vom Ramelower Graben und vom Großem Landgraben bereits vor der Errichtung der Deponie nach Wasserrahmenrichtlinie keinen chemisch guten Zustand auf. Durch die zu erwartenden Emissionen aus der Deponie wären die negativen Folgen der Emissionen zusätzlich zu beheben gewesen. Außerdem haben wir die Gefahr gesehen, dass diese Stoffe aus der Deponie über die Gewässer in andere Ökosysteme verdriftet werden.“, so Schmidt weiter.

Über die letzten 12 Jahre hat sich der BUND Neubrandenburg zusammen mit der Bürgerinitiative vor Ort immer wieder aktiv in das Planungsverfahren eingebracht. Es wurden offizielle, naturschutzfachliche Stellungnahmen verfasst und mit vielfältigem, kreativem Protest gegen den geplanten Bau demonstriert.

Nun hat das zuständige Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) MSE den Planfeststellungsantrag der Deponie eindeutig abgelehnt. Die Begründungen für die Ablehnung sind der nicht nachgewiesene Bedarf in der Region, was zu weiten Anlieferungswegen geführt hätte, sowie damit verbunden das Fehlen einer Planrechtfertigung.

Noch ist es jedoch zu früh, die Sektflaschen auszupacken. Wie ebenfalls bekannt wurde, hat die Antragstellerin bereits offiziell Klage gegen den Ablehnungsbescheid erhoben. Die Klagebegründung wird voraussichtlich in den nächsten Wochen und Monaten erfolgen. Das Verfahren wird nun also vor Gericht entschieden.

„Nichtsdestotrotz stellt die Entscheidung des StALU für uns einen großen Erfolg dar“, erklärt Annett Beitz, „besonders da dies unseres Wissens nach die erste Ablehnung einer solchen Deponie durch ein StALU in ganz Mecklenburg-Vorpommern ist. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass die Errichtung einer Bauschuttdeponie an diesem sensiblen Standort keine Zukunft hat.“

Für Rückfragen: BUND Neubrandenburg, Gordon Käbelmann, Annett Beitz Tel. 0395 – 5 666 512, E-Mail: info@bund-neubrandenburg.de